Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 11

Artikel: Die strategische Lage : aus westlicher und sowjetischer Sicht
Autor: Riklin, Alois
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163664

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Alois Riklin

Die strategische Lage: aus westlicher und sowjetischer Sicht

Bedrohung aus westlicher Sicht

Die traditionelle Sicherheitspolitik denkt in der Kategorie möglicher Bedrohungen und konzentriert sich in diesem Rahmen mit Vorliebe auf die schlimmsten Fälle unter den wahrscheinlichsten. Traditionelle Sicherheitspolitik ist angewandter Pessimismus. Fragen wir uns, wie ein Pessimist im schweizerischen Nachrichtendienst die weltpolitische Lage anfangs 1980 etwa sehen könnte. Dabei wähle ich nur Argumente, die mir berechtigt erscheinen. Es geht mir in keiner Weise darum, den Standpunkt eines pessimistischen Sicherheitspolitikers des Westens zu verzerren oder zu karikieren.

Wahrscheinlich würde unser Gewährsmann aus dem Berner Nachrichtendienst anknüpfen an das, was wir in diesen Tagen erleben: Eine Demonstration sowjetischer Stärke in Afghanistan und eine Demonstration amerikanischer Schwäche im Iran. Und er würde dies wahrscheinlich interpretieren als Symptome einer neuen Lage der geschwächten strategischen Position der USA und der gestärkten strategischen Position der UdSSR. Die Schwächung der westlichen Positionen im Vorderen Orient wird krass vor Augen geführt, wenn wir sie mit der Situation um 1955 vergleichen. Damals bildete der mit dem Westen liierte Gürtel der CENTO-Pakt-Staaten Türkei, Irak, Iran und Pakistan die sowjetische Expansion ein. Heute ist der CENTO-Pakt praktisch tot, während die sowjetische Kontrolle auf Afghanistan, Südjemen und Äthiopien ausgeweitet worden ist. Die Tage um das Neujahr 1980 sind ein historisches Datum: Denn zum ersten Mal seit 1948 hat die Sowjetunion ausserhalb des bisherigen Sowjetimperiums mit eigenen Kampftruppen gewaltsam interveniert. Ein bisher blockfreies Land, das noch vor kurzem von sowjetischen Sprechern als Muster der Koexistenzpolitik gepriesen worden ist, wurde in das Sowjetimperium integriert. Damit ist der bisherige Koexistenzraum reduziert und der bisherige Breschnew-Doktrin-Raum ausgeweitet worden. Was gilt nun

für das ebenfalls als Koexistenzmuster empfohlene neutrale Gegenstück im Norden, Finnland? Ganz zu schweigen vom blockfreien Jugoslawien, das die Sowjetunion niemals explizit aus dem Raum der Breschnew-Doktrin ausgenommen hat?

Unser Gewährsmann würde sodann vermutlich auf vier Lücken der westlichen Gegenmacht zu sprechen kommen. Die erste Lücke betrifft den Bereich des interkontinentalen Nuklearpotentials. Henry Kissinger hat in seinem Brüsseler Vortrag vom September 1979 die Auffassung vertreten, dass die USA in den achtziger Jahren ihre Interkontinentalraketen höchstens zum Schutze des eigenen Territoriums einzusetzen bereit wären. Im Grunde hat Kissinger nur offen ausgesprochen, was die Einsichtigen längst wussten. Damit ist aber die Abschreckungsdoktrin in Frage gestellt. Die oberste Stufe der Abschreckung fällt bei einem auf Europa beschränkten Krieg aus. Und gerade deshalb wächst die Kriegsgefahr in Europa.

Hinzu kommt die Gefahr, dass die UdSSR etwa ab 1982 in der Lage sein wird, das Gros der landgestützten Interkontinentalraketen der USA am Boden mit einem ersten überraschenden Schlag zu zerstören, dazu das Gros der Raketen-U-Boote in den Häfen sowie die strategischen Bomber auf den Pisten und in den Hangars. Diese entscheidende Lücke zu schliessen, wird voraussichtlich erst in den späten achtziger Jahren möglich sein.

Eine zweite, besonders grosse Lücke, so würde unser Berner Gewährsmann wohl fortfahren, klafft im Bereich des kontinentalen Nuklearpotentials. Diese Lücke ist in den letzten Monaten unter dem Begriff der «Grauzonenwaffen» diskutiert worden. Die Raketenlücke ist für Europa nichts Neues. Sie existiert seit 20 Jahren. Sie ist aber im letzten Jahr durch die Modernisierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen akzentuiert worden. Die Umrüstung auf die SS-20 bringt der Sowjetunion vier gewichtige Vorteile: 1. Mobilität und damit annähernde Unverwundbarkeit, 2. grössere Reichweite, 3. präzisere Treffgenauigkeit, 4. Ausstattung jeder Rakete mit je drei nuklearen Sprengköpfen. Gleichzeitig bewirkt die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Backfire-Bombers eine erhebliche Verstärkung der luftgestützten Nuklearträger. Die NATO-Beschlüsse vom 12. 12. 1979 wollen diese Lücke mit der Einführung von 108 Pershing-II-Raketen und 464 Cruise Missiles teilweise schliessen. Diese Nuklearträger sind indessen frühestens 1983 einsatzbereit.

Die dritte Lücke besteht nach Auffassung unseres Gewährsmannes im Bereich des konventionellen Potentials in Europa. Auch diese Lücke bestand von jeher; sie ist aber in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Kein ernstzunehmender Experte bestreitet, dass die UdSSR heute in der Lage ist, einen konventionellen Krieg in Europa zu gewinnen. Umstritten

ist nur, wieviel Zeit dafür benötigt würde. Die NATO ist nicht in der Lage, sich ohne Einsatz von Nuklearwaffen zu verteidigen. Zu den Schwächen der NATO gehört insbesondere die fehlende strategische Tiefe und die zunehmende Gefährdung der Verbindungswege über den Atlantik, den Lebensadern der NATO, aufgrund des massiven Ausbaus der sowjetischen Flotte. Breschnews Ankündigung des Abzugs von 1000 Panzern und 20 000 Mann aus der DDR ist pure Bauernfängerei. Es handelt sich nicht um Abrüstung, sondern lediglich um eine Dislozierung. Wahrscheinlich werden zudem nur jene alten Panzer abgezogen, die nach der Umrüstung auf modernere Panzertypen in der DDR stationiert geblieben sind. Bundeskanzler Schmidt hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er Breschnews Ankündigung kommentierte, die Russen könnten sich dies offenbar leisten.

Eine vierte Lücke klafft gemäss der Darstellung unseres Gewährsmannes im Dispositiv für den Nahen und Mittleren Osten, den Persischen Golf, das Arabische Meer, den Indischen Ozean, überhaupt die Ölrouten. Die Interventionstruppe der USA von über 100 000 Mann steht lediglich auf dem Papier; in Wirklichkeit sind es etwa 16 000. Ersatzmaterial ist offenbar immer noch nicht vorhanden und müsste im Konfliktfall, so wie 1973 im Nahostkrieg, aus amerikanischen Beständen in Europa beschafft werden. Die Sowjetunion hat ihre Lufttransportkapazität erheblich ausgebaut und verfügt zudem über vorgeschobene Stützpunkte, seit 1980 auch in Afghanistan. Der Ausfall des Irans als dem Westen wohlgesinnte Ordnungsmacht am Persischen Golf ist gravierend. 80 Prozent der Ölrouten liegen ausserhalb des Bereichs der NATO, nämlich südlich des Wendekreises des Krebses. In diesem Zusammenhang wird in Europa vielerorts immer noch nicht zur Kenntnis genommen, dass die USA sehr viel weniger von der Ölzufuhr abhängig sind als Japan und Westeuropa.

1978 mussten die Japaner 99 Prozent ihres Ölverbrauchs importieren, die Westeuropäer 88 Prozent, die USA jedoch nur 45 Prozent. Davon bezog Japan 75 Prozent, Westeuropa 68 Prozent, die USA jedoch nur 35 Prozent aus dem Mittleren Osten. Die USA führten 1978 aus dem Persischen Golf 120 Millionen t Erdöl ein, Japan 194 Millionen t, Westeuropa aber 414 Millionen t. Also ist Westeuropa am meisten auf das Erdöl des Vorderen Orients angewiesen.

Paradoxerweise hilft der Westen mit, die seit dem Sturz Chruschtschows forcierte sowjetische Aufrüstung zu finanzieren. Die Verschuldung der Sowjetunion gegenüber den Westmächten ist auf über 60 Milliarden Dollar angestiegen bei einem Zinsfuss von durchschnittlich 2,5 %, was nicht einmal die Inflation ausgleicht. Der Westen spielt den Weihnachtsmann. Sowjetische Entspannungspolitik bedeutet, die Russen schicken den Amerikanern General Grigorenko, die Amerikaner den Russen General Motors.

Warum soll Breschnew den Nobelpreis für Landwirtschaft bekommen? Weil er in Russland sät und in Amerika erntet.

Im Rahmen der Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsverhandlungen ist bisher kein Durchbruch gelungen. Die Diplomatie hinkt der Technologie hinten nach. Die Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der UNO und die Wiener MBFR-Verhandlungen treten an Ort. MBFR bedeutet in der Moskauer Lesart «*M*ore *B*enefits *f*or the *R*ussians». Der SALT-II-Vertrag ist auf die quantitative Begrenzung der Nuklearträger beschränkt und verzichtet auf eine Begrenzung der Zahl der nuklearen Sprengköpfe, der Sprengkraft und erst recht auf qualitative Beschränkungen bezüglich Mobilität, Treffgenauigkeit, U-Boot-Detektoren usw. SALT II kanalisiert den Rüstungswettlauf, aber verhindert ihn nicht.

Die Ränder der NATO sind gefährdet. Eine Lösung des Konflikts zwischen Griechenland und der Türkei ist nicht abzusehen. Innenpolitisch wird der kranke Mann am Bosporus kränker und kränker. Die innenpolitische Lage in Italien bleibt instabil; eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien ist in den achtziger Jahren nicht auszuschliessen. Im Norden Norwegens setzen sich die Russen sukzessive fest. Der Druck gegenüber Finnland ist gewachsen.

Der Sowjetunion ist es gelungen, in den letzten paar Jahren ausserhalb Europas acht Länder, darunter strategisch wichtige, für sich zu gewinnen. Diese Gewinne erreichte sie zum Teil durch den Einsatz von Stellvertretern (Vietnamesen, Kubanern und Ostdeutschen), zum Teil mit eigenen Streitkräften, sei es indirekt auf Kuba (zur Ausbildung des kubanischen Afrikakorps) oder neuestens direkt in Afghanistan. Diese Länder sind: Angola, Moçambique, Äthiopien, Südjemen, Afghanistan, Laos, Kambodscha und Südvietnam. Der Vorstoss zum Indischen Ozean, ein russischer Traum seit Peter dem Grossen, zeichnet sich ab.

Die sowjetische Aussenpolitik und Militärpolitik verlangt eine Neudefinition der Koexistenz. Koexistenz im Sinne der sowjetischen Praxis der siebziger Jahre bedeutet Fortsetzung des sowjetkommunistischen Imperialismus mit allen Mitteln inklusive militärischen, ausgenommen die militärische Konfrontation mit den westlichen Industriestaaten, insbesondere mit den USA.

Unser Gewährsmann aus dem Berner Nachrichtendienst schliesst mit dem folgenden Fazit: Mag eine direkte Konfrontation in Europa nach wie vor, wie das Londoner Institut für Strategische Studien urteilt, nicht attraktiv erscheinen, so ist die indirekte Bedrohung Europas, Japans und der USA, vor allem aber Europas, über die Nabelschnur der Industriestaaten (Persischer Golf, Ölrouten) um so stärker geworden.

Bedrohung aus sowjetkommunistischer Sicht

Versetzen wir uns in die Lage eines sowjetkommunistischen Gewährsmanns. Nehmen wir an, dass auch er ein pessimistischer Sicherheitspolitiker ist, der immer an die schlimmsten unter den möglichen Bedrohungen denkt. Nehmen wir ferner an, dass dieser sowjetische Gesprächspartner die Argumentation des Schweizer Pessimisten mitgehört hat. Und beschränken wir uns auf Argumente, die aus der sowjetischen Interessensicht vertretbar erscheinen unter Verzicht auf den üblichen ideologischen Vorhang. Hier sein Plädoyer:

«Wenn wir die westliche Propaganda analysieren, so stellen wir fest, dass sie seit den späten vierziger Jahren ohne Unterlass den sowjetkommunistischen Teufel an die Wand malt und behauptet, die Sowjetunion sei dabei, das militärische Gleichgewicht zu ihren Gunsten aus den Angeln zu heben. Dabei werden die gewaltigen Rüstungsanstrengungen der westlichen Seite geflissentlich heruntergespielt. Sehen wir uns einmal konkret die angeblichen vier Rüstungslücken an, von denen mein Vorredner soeben gesprochen hat.

Was die erste Lücke im Bereich des interkontinentalen Nuklearpotentials betrifft, hat mein Vorredner zu Recht erwähnt, dass die UdSSR etwa ab 1982 wahrscheinlich die Erstschlagkapazität gegenüber den landgestützten Interkontinentalraketen besitzen wird, also die Fähigkeit, mit einem überraschenden ersten Schlag das Gros der amerikanischen Interkontinentalraketen am Boden zu zerstören. Mein Vorredner hat aber, wie in der westlichen Propaganda üblich, verschwiegen, dass die USA diese Fähigkeit ebenfalls besitzen werden. Ich verweise auf den Artikel des früheren Programmleiters im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Jan M. Lodal (SALT II and American Security, in: Foreign Affairs Nr. 2, Vol. 57, Winter 1978/79, S. 257), oder auf die Budgetbotschaft des amerikanischen Kriegsministeriums für 1980, in der dasselbe in verschlüsselter Form eingestanden wird.

Die wilden Science-fiction-Übungen amerikanischer Experten in Sachen sowjetischem Erstschlag sind indessen absurd. Und ich könnte die Absurdität dieser Glasperlenspiele nicht besser karikieren, als es unlängst die beiden amerikanischen Experten Robert G. Kaiser und Walter Pincus in einem fiktiven Protokoll einer Strategiedebatte im Atombunker des Kremls im Jahre 1984 getan haben (Die Zeit 44/1979). Selbst im günstigsten Fall würden etwa 10 Prozent der ICBM, also etwa 100, übrig bleiben, ferner mindestens 20 Atom-U-Boote mit mehr als 300 Sprengköpfen und dazu ein Teil der strategischen Bomber, d.h. mehr als genug, um vernichtend zurückzuschlagen. Aber selbst wenn wir fahrlässigerweise darauf ver-

trauen würden, dass der amerikanische Präsident zaudern würde, nach der Vernichtung von zehn bis zwanzig Millionen Amerikanern mit dem Rest seines Nuklearpotentials zurückzuschlagen, so wäre ein sowjetischer Erstschlag mit allzu grossen Risiken verknüpft. Denn wir kennen das Ausmass der Selbstgefährdung durch die in den USA explodierenden nuklearen Sprengköpfe nicht. Kein Wissenschaftler in Ost und West weiss, ob der Angriff die Erdkruste zerbrechen oder die Ionosphäre für immer zerstören würde. Niemand weiss, ob wir die Atemluft der ganzen Welt verseuchen würden.

Diese paar Hinweise, die beliebig drastisch ergänzt werden könnten, mögen genügen, um die apokalyptischen Spielereien in der amerikanischen RAND-Corporation hinreichend ad absurdum zu führen.

Betrachten wir die zweite Lücke, diejenige im Bereich des kontinentaleuropäischen Nuklearpotentials. Mein Kollege Lew Semejko von der Moskauer Akademie der Wissenschaften hat unlängst auf die entscheidende Lücke in der westlichen Argumentation hingewiesen (Gibt es ein militärisches Ungleichgewicht in Europa?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1979, S. 1337 ff.): Die UdSSR verfügt im Gegensatz zu den USA nicht über vorgeschobene land- oder luftgestützte Kernwaffen. Keine einzige Rakete und kein einziger Nuklearbomber ist ausserhalb der Sowjetunion stationiert. Kein einziger Verbündeter der UdSSR besitzt Kernwaffen. Das heisst also, die Sowjetunion verfügt nicht über jene nukleare ‚Ergänzung', über welche die USA ausserhalb ihres eigenen Territoriums verfügen. Die geplanten amerikanischen Euroraketen können von Europa aus sowjetisches Territorium treffen, während die sowjetischen Kontinentalraketen das amerikanische Territorium nicht erreichen können. Daraus ergibt sich für die Sowjetunion die Gefahr eines auf Europa begrenzten Nuklearkrieges.

Die NATO-Beschlüsse vom 12. 12. 1979 würden in Tat und Wahrheit das europäische Gleichgewicht nicht wiederherstellen, sondern sie würden es auf Kosten der UdSSR und ihrer Verbündeten verändern. Sie bezwecken nicht Parität, sondern Überlegenheit der NATO im Bereich der kontinentalen Nuklearstrategie.

Demgegenüber bestreite ich nicht, dass im Bereich des konventionellen Potentials in Europa der Warschauer Pakt rein zahlenmässig der NATO überlegen ist, etwas mehr Personal unter den Waffen hält, über mehr Panzer verfügt, über mehr taktische Kampfflugzeuge und über mehr Mittel für die Fliegerabwehr. Die Unterschiede sind indessen geringer als die prowestliche Publikation ‚Military Balance' des Londoner Instituts für Strategische Studien jeweils ausweist. Zudem wird der quantitative Vor-

sprung durch den qualitativen Rückstand der WAPA-Staaten teilweise ausgeglichen.

Das ist aber nicht das Entscheidende. Entscheidend ist vielmehr, dass die sowjetischen Streitkräfte drei Aufträge an drei Fronten zu erfüllen haben, die NATO-Streitkräfte dagegen nur einen an einer Front. Die drei Fronten sind: 1. die Westfront gegenüber der NATO, 2. die Ostfront gegenüber China und 3. die innere Front in der UdSSR und in den europäischen und asiatischen Volksdemokratien gegenüber konterrevolutionären Kräften.

Gefahr an drei Fronten

Der schlimmste Fall, mit dem die UdSSR rechnen muss, ist ein Dreifrontenkrieg gegen Westen, Osten und im Innern. Dass diese Bedrohung ernst zu nehmen ist, ergibt sich u. a. aus der bedenklichen Bereitschaft westlicher Kreise, die ‚chinesische Karte' gegen die UdSSR zu spielen. Die provokante Annahme des britischen NATO-Generals Sir John Hackett über einen inneren Zusammenbruch des Sowjetregimes im Jahre 1985 mitten in einer kriegerischen Ost–West-Auseinandersetzung (Der Dritte Weltkrieg, München 1978), ist zwar ziemlich unrealistisch. Realistischerweise müssen wir aber mit dem Fall rechnen, dass gleichzeitig in mehreren europäischen Volksdemokratien so etwas passiert wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn oder 1968 in der CSSR. Hinzu kommt eine demographische Zeitbombe innerhalb der Sowjetunion, die uns mit wachsender Sorge erfüllt. Ende der achtziger Jahre wird voraussichtlich die Mehrheit der Bevölkerung meines Landes asiatisch sein, man rechnet mit etwa 52 Prozent. Von diesen 52 Prozent werden etwa zwei Drittel Mohammedaner sein. Wir wissen und erleben dies zurzeit, dass der Islam nicht nur antiamerikanisch, antiwestlich ist, sondern auch antikommunistisch sein kann. Die Herausforderung ist für uns aber ungleich schwerwiegender als für die USA und für den Westen. Denn wir haben den Islam nicht nur vor unserer Tür, sondern in unserem eigenen Lande.

Aufgrund dieser unangenehmen Drei-Fronten-Situation der UdSSR und des Warschauer Pakts ist ein konventionelles Übergewicht des Warschauer Pakts gegenüber der NATO zwingend notwendig, weil nur ein beschränkter Teil der Gesamtstreitkräfte bei einer militärischen Konfrontation mit dem Westen verfügbar wäre, während starke Kräfte im Innern und im Osten gebunden blieben. Es erfüllt uns mit Genugtuung, dass unsere im Westen verfügbaren konventionellen Mittel der NATO überlegen sind. Aber diese Überlegenheit ist bei weitem nicht so gross, dass wir innert

48 Stunden am Rhein stehen könnten, wie das der belgische General Robert Close annimmt (Europa ohne Verteidigung, Bonn 1977). Selbst der frühere westdeutsche Verteidigungsminister Leber hat den Angstmachern vom Schlage eines Close entgegengehalten, das wäre nur gerade dann möglich, wenn die deutsche Bundeswehr statt zu kämpfen, die Verkehrsregelung übernähme.

Weiter ist zu bemerken, dass die üblichen westlichen Kräftevergleiche irreführend sind, weil sie die Streitkräfte Frankreichs und der neutralen Staaten ausklammern.

Ein Angriff der WAPA-Staaten auf Westeuropa liegt nicht im sowjetischen Interesse. Der amerikanische Futurologe Herman Kahn hat das Kernproblem getroffen, als er fragte, wem letztlich eine deutsche Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen dienen würde; sicher nicht den nationalen Interessen der UdSSR. Denn diese gesamtdeutsche kommunistische Grossmacht liesse sich kaum disziplinieren und wäre für die Sowjetunion über kurz oder lang eine ähnliche Bedrohung wie sie heute China darstellt. Vielleicht leuchtet Ihnen diese Überlegung besser ein, wenn Sie die Bedrohung Westeuropas bedenken, die aus einer deutschen Wiedervereinigung unter antikommunistischen Vorzeichen entstehen müsste.

Falls Sie immer noch Zweifel hegen, so lesen Sie Frederick Forsyths romanhaftes Szenario, in dem das Schreckgespenst eines WAPA-Angriffs auf Westeuropa von einem nichtkommunistischen Autor entlarvt wird (Des Teufels Alternative, München 1979).

Im übrigen ist es die historische Erfahrung der letzten zwei Jahrhunderte, die uns dazu zwingen, die traditionellen Invasionsrouten der Westmächte in Osteuropa durch starke konventionelle Kräfte im Griff zu haben, wofür ein unverdächtiger Zeuge, nämlich Henry Kissinger, vor Jahren einmal Verständnis bekundete. Denn schliesslich ist Russland dreimal vom Westen überfallen worden und nie umgekehrt, unter Napoleon, unter Wilhelm II. und unter Hitler. Unsere Truppen stehen zur Abschreckung an der Westfront, um zu verhindern, dass nochmals zwanzig Millionen sowjetische Patrioten ihr Leben lassen müssen wie im Zweiten Weltkrieg.

Und nun zur angeblichen Lücke im Mittleren und Nahen Osten, im Persischen Golf, im Indischen Ozean und längs der Ölrouten. Bisher war es das traurige Privileg der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, in Südamerika (Dominikanische Republik), in Asien (Korea, Vietnam), im Vorderen Orient (Iran, Libanon) und in Afrika (Suez, Tansania, Tschad, Kamerun, Kongo, Rhodesien, Zentralafrikanische Republik, Tunesien usw.) militärisch zu intervenieren. Inzwischen haben wir eben dieselbe Fähigkeit auch erlangt. Auf westlicher Seite stehen für solche Zwecke nicht nur die 16 000 Mann der USA zur Verfügung, sondern neben den

britischen für Übersee bestimmten Streitkräften insbesondere die französischen Eingreiftruppen in der Stärke von immerhin zwei Divisionen und sieben Regimentern – Fremdenlegionäre wohlverstanden. Wenn unsere Verbündeten aus Kuba oder der DDR unseren Freunden in Afrika helfen, wenn die Vietnamesen unseren Freunden in Kambodscha und Laos helfen, oder wenn wir unseren Freunden in Afghanistan helfen, dann wird im Westen alsogleich Zeter und Mordio gebrüllt, wenn aber umgekehrt, um nur die jüngsten Beispiele zu nennen, britische Truppen in Kenia an Manövern teilnehmen, französische Fremdenlegionäre in Zaire und in Tunesien intervenieren und in der Zentralafrikanischen Republik Kaiser Bokassa stürzen helfen, dann wird das geflissentlich ignoriert oder belobigt. Sollten wir tatenlos zusehen, wenn der Westen seine Freunde militärisch unterstützt? Sollten wir unsere eigenen Freunde im Stich lassen? Nicht wir, sondern die USA drohen mit dem Einsatz von Eingreiftruppen im Persischen Golf. Die USA, nicht wir, bilden zurzeit in den Wüsten Nevadas Truppen für den Einsatz in den Golfstaaten aus. Woher nimmt der Westen eigentlich die Legitimation für seine exklusiven Ansprüche auf das arabische Öl? Auch mein Land ist ab Mitte der achtziger Jahre in wachsendem Masse auf Erdölimporte angewiesen. Die sowjetische Erdölversorgung ist bedroht, weil der Westen aus kolonialistischer Angewöhnung noch immer nicht gelernt hat, knappe Güter mit anderen zu teilen. Welche Logik erlaubt es, das westliche Interesse am arabischen Öl als legitim, das sowjetische dagegen als illegitim zu betrachten?

Soviel zu den angeblichen Lücken der westlichen Rüstung. Mein Vorredner hat in seinem Tour d'horizon von acht Ländern in Afrika und Asien gesprochen, die wir in den letzten Jahren als Freunde und zum Teil als Verbündete gewonnen haben. Wir sind stolz darauf, aber überschätzen diese Erfolge nicht. Denn wir wissen aus Erfahrung, dass es sich zum Teil um recht unsichere Kantonisten handelt. Es gibt nicht nur ein Gewinnkonto, sondern auch ein Verlustkonto in Afrika, und dazu gehören Ghana, Mali, Guinea, Uganda, Somalia und insbesondere Ägypten, so dass wir im Grunde nicht viel mehr gewonnen haben als wir zuvor verloren hatten. Vor allem die Ausschaltung der UdSSR aus den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel wiegt schwer.

In Südostasien ist das Verlustkonto 1979 im Vergleich zu den Gewinnen grösser, bedingt vor allem durch den Treuebruch Chinas, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA, den Friedensvertrag zwischen China und Japan und den Krieg zwischen China und unserem Verbündeten Vietnam.

In Osteuropa haben wir seit 1948 überhaupt keine Gewinne erzielt. Die Unruhe in Osteuropa hat sich verstärkt, vor allem in Polen und in der

CSSR. Die Dissidentenbewegung schwelt weiter. Rumänien weigert sich, mehr für die gemeinsame Verteidigung aufzuwenden und unterstützt offen die ägyptisch-israelische Annäherung.

Was uns aber am meisten beunruhigt, ist die Tatsache, auf die mein Kollege Semejko im besagten Artikel ebenfalls hingewiesen hat, dass die NATO-Länder, vor allem die USA, bei der Entwicklung neuer und neuester Waffen erwiesenermassen regelmässig an der Spitze lagen. Die Amerikaner bauten die erste Atombombe. Die Amerikaner schufen als erste die Wasserstoffbombe. Die Amerikaner installierten als erste Mittelstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen. Die USA veranstalteten Ende der fünfziger Jahre eine hysterische Kampagne wegen einer angeblichen Raketenlücke im Bereich der Interkontinentalraketen, die in Wirklichkeit aufgrund der forcierten Produktion solcher Raketen durch die USA nie eintraf. Die Amerikaner rüsteten als erste U-Boote mit Nuklearraketen aus. Sie entwickelten als erste kleinkalibrige Nuklearwaffen. Sie begannen als erste mit der Härtung der ICBM-Basen. Sie entwickelten als erste die Cruise Missiles. Die, abgesehen von den obsoleten Flugabwehrraketen (ABM), einzige Ausnahme, bei der wir ausnahmsweise einmal voraus sind, ist die mobile und mit Mehrfachsprengköpfen ausgestattete Mittelstreckenrakete SS-20. Es ist zutreffend, dass wir in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und in den siebziger Jahren grosse Rüstungsanstrengungen unternommen haben. Warum? Weil wir von der Erfahrung mit dem Westen gebrannt sind. Es darf und wird nicht mehr vorkommen, dass wir uns der nuklearen Erpressung der USA beugen müssen wie in der Irankrise 1946 und in der Kubakrise 1962.

So wie Ende der fünfziger Jahre nehmen die NATO und allen voran die USA u. a. die SS-20 zum Anlass, wiederum von einer ‚Raketenlücke' zu sprechen und versuchen damit, die wohl gigantischste Aufrüstungsrunde der gesamten Nachkriegszeit zu rechtfertigen. In den vier genannten Rüstungsbereichen, dazu in bezug auf die Kriegsmarine, sind gewaltige Rüstungsanstrengungen im Gange oder angekündigt:

Im Bereich des interkontinentalen Nuklearpotentials ist im letzten Jahr das erste Trident-U-Boot mit 24 SLBM von Stapel gelaufen und wurde die stragetische Bomberflotte durch den B-52 G/H modernisiert. Die Entwicklung luftgestützter Cruise Missiles ist im Gange, und angekündigt ist die Produktion von 200 mobilen Interkontinentalraketen (MX). Laut SIPRI-Jahrbuch von 1979 sind die USA ferner bald in der Lage, strategische U-Boot-Flotten in ihrer Gesamtheit zu orten und zu vernichten.

Im Bereich des kontinentalen Nuklearpotentials wurde durch die Beschlüsse vom 12. 12. 1979 die Stationierung von Pershing II und von landgestützten Cruise Missiles in Europa beschlossen.

Im Bereich der konventionellen Rüstung in Europa ist die Modernisierung in vollem Gange. Ferner rechnet man in informierten Kreisen der NATO nach der positiven Klärung des EG-Beitritts Spaniens mit einem spanischen NATO-Beitrittsantrag.

Im Bereich globaler Interventionstruppen haben die USA die Aufstellung einer Armee von über 100 000 Mann angekündigt.

Im Bereich der amerikanischen Kriegsmarine ist eine Modernisierungsrunde sowie die Vermehrung der Bestände von 462 auf 550 Einheiten geplant.

Präsident Carter hat eine reale Steigerung der Rüstungsausgaben um im Durchschnitt jährlich 4,5 Prozent in den nächsten fünf Jahren gefordert.

Diese gigantischste Aufrüstungsrunde der Nachkriegszeit läuft unter dem irreführenden Signet «Nachrüstung». Das ist Etikettenschwindel, vielleicht der cleverste Propagandatrick der Nachkriegszeit.

Natürlich bleibt uns nichts anderes übrig als nachzuziehen, obwohl uns dies vor enorme wirtschaftliche Probleme stellen wird, die ohnehin schon gross genug sind. Unser grösstes Problem überhaupt ist wahrscheinlich dies, dass wir unseren historisch bedingten wirtschaftlichen Rückstand durch militärische Stärke auszugleichen suchen und damit erst recht den wirtschaftlichen Aufholungsprozess verzögern. Ich kann den Verdacht nicht ausschliessen, dass der hintergründige Zweck der von den USA und ihren Verbündeten zu verantwortenden Aufrüstung in den achtziger Jahren darin besteht, das wirtschaftliche Wachstum im Westen anzukurbeln, gleichzeitig die wirtschaftliche Erstarkung der UdSSR zu verhindern und die Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Lage in den europäischen Volksdemokratien zu fördern. Dieser Verdacht wird von einem Zeugen gestützt, der selbst aus westlicher Sicht unverdächtig ist (Samuel Pisar: Das Blut der Hoffnung, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 260).

Mein Vorredner hat am Schluss seines Plädoyers ein gefälschtes Zitat des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, kolportiert. Er würde besser tun, sich an die Aussage des amerikanischen Kriegsministers Harold Brown zu halten:

‚Wenn alle erforderlichen Mittel für die geplanten NATO-Programme gesprochen werden, so wird dieses Bündnis Mitte der achtziger Jahre auf militärischem Gebiet eine deutliche Überlegenheit erzielen.'

Oder an die jüngste State-of-the-Union-Message vom Januar 1980, in der der amerikanische Präsident Carter wiederholt, was sämtliche amerikanischen Präsidenten der Nachkriegszeit postuliert haben:

‚Wir müssen jeden Preis zahlen, um die stärkste Nation der Welt zu bleiben.'

Ich schliesse mit der Feststellung, dass ich in einem Punkt mit meinem Vorredner übereinstimme: Auch wir beurteilen die weltpolitische Lage zu Beginn der achtziger Jahre weit pessimistischer als vor zehn Jahren.»

Beurteilung

Beide Rollenspieler haben innerhalb ihrer Denkgewohnheiten, innerhalb ihrer Interessensicht recht. Selbst wenn man imstande ist, nach beiden Seiten Bedenken zu äussern, so ist es dennoch nicht leicht zu erkennen, wer im Recht und wer im Unrecht ist. Beide Plädoyers enthalten Halbwahrheiten, und Halbwahrheiten sind bekanntlich die gefährlichsten Unwahrheiten. Mit gutem Grund lautet die Schwurformel der Zeugen vor Gericht im angelsächsischen Recht: «Ich schwöre, die Wahrheit zu sagen, nichts als die Wahrheit, die ganze Wahrheit.» Komplexe Wahrheiten sind zweideutig, mehrdeutig, ähnlich den diplomatischen Orakelsprüchen aus dem antiken Delphi.

Wollen wir dennoch versuchen, zur Beurteilung der komplexen Wirklichkeit wenigstens ein paar Anhaltspunkte zu finden. Drei Hypothesen seien zur Diskussion gestellt:

1. Das militärische Gleichgewicht in Europa ist – zulasten des Westens – gefährdet.
2. Militärische Gleichgewichtspolitik ist eine notwendige Voraussetzung der Friedenssicherung.
3. Militärische Gleichgewichtspolitik, Gleichgewichtspolitik überhaupt, ist keine hinreichende Friedensstrategie.

Gefährdung des militärischen Gleichgewichts

Die verfügbaren Daten über das quantitative Kräfteverhältnis sind fragwürdig. Erstens überbetonen sie die Offensivwaffen und vernachlässigen die Defensivwaffen. Zweitens geben sie keine Auskunft über die Qualität der Kräfte. Und drittens sind die Daten selbst unsicher. Die Angaben über das interkontinentale Nuklearpotential beruhen auf den Selbstdarstellungen der beiden Weltmächte, jene über das nukleare und konventionelle Potential in Europa auf westlichen, von sowjetischer Seite zum Teil angefochtenen Quellen. Unter diesen Vorbehalten lässt sich das gegenwärtige Kräfteverhältnis wie folgt zusammenfassen:

Im interkontinentalen Nuklearbereich besteht eine Art Gleichgewicht der Ungleichgewichte. Die grössere Zahl sowjetischer landgestützter Inter-

kontinentalraketen, seegestützter Nuklearraketen und Nuklear-U-Boote wird ausgeglichen durch die Überlegenheit der USA in bezug auf die Zahl der schweren Bomber, der nuklearen Sprengköpfe und damit zusammenhängend den Grad der Mirvisierung.

Im kontinentalen Nuklearpotential besteht eine eindeutige Überlegenheit der UdSSR. Die westliche Seite weist sowohl eine Lücke aus bezüglich der landgestützten Nuklearraketen als auch der Nuklearbomber. Die Zahl der kontinentalen Nuklearbomber der UdSSR ist gemäss den Angaben des Londoner Instituts für Strategische Studien noch erheblich höher als nach Menaul. Demgegenüber verfügt die NATO einschliesslich Frankreich über mehr seegestützte Nuklearraketen, die im Vergleich zu den landgestützten Raketen weniger treffgenau und deshalb für den Einsatz «counter cities», nicht jedoch «counter forces» geeignet sind. Immerhin ist das Ungleichgewicht zu Lasten des Westens, vor allem unter dem Aspekt der Anzahl der nuklearen Sprengköpfe, nicht so gross, wie man es im Westen zu hören gewohnt ist.

Schwerwiegender ist das Missverhältnis im konventionellen Militärpotential in Mittel- und Nordeuropa. Das Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt in diesem Raum beträgt etwa in bezug auf

Divisionsäquivalente	1 : 2
Mannschaftsbestände	2 : 3
Kampfpanzer	1 : 3
Taktische Kampfflugzeuge	1 : 2

zugunsten des Warschauer Pakts.

Alarmierend ist die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in den letzten zwanzig Jahren. Die Sowjetunion hat die USA im Jahre 1969 bezüglich Interkontinentalraketen und 1973 bezüglich U-Boot-gestützten Raketen überrundet. Der Vorsprung der USA in bezug auf interkontinentale Nuklearbomber ist in den späten sechziger Jahren erheblich zurückgegangen. Der Aufholprozess der UdSSR in bezug auf die Zahl der nuklearen Sprengköpfe und damit zusammenhängend die Mirvisierung der Nuklearträger hat in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit einem unerwarteten Tempo eingesetzt. Der Rückstand des Westens in bezug auf die landgestützten kontinentalen Nuklearraketen hat sich Ende der siebziger Jahre vergrössert. Die Überlegenheit der UdSSR an kontinentalen Nuklearbombern ist nach 1977 leicht rückläufig, aber nur zahlenmässig, während die Qualität (Backfire!) verbessert worden ist.

Das Total der Mannschaftsbestände hat sich bis 1978/79 nicht stark verändert. Für 1979/80 fehlen indessen die Daten, und zur Zeit ist im Zusam-

menhang mit der Besetzung Afghanistans auf sowjetischer Seite eine Verstärkung der Bestände im Gange. Vor allem aber ist die militärische Präsenz an den Rändern des Sowjetimperiums seit 1968 um mehr als 25 Prozent erhöht worden.

Die Schere zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO in bezug auf die Zahl der Kampfpanzer ist im Zeitraum 1969 bis 1978 erheblich auseinander gegangen. 1969 verfügte der Warschauer Pakt über 238 Prozent des Kampfpanzerbestandes der NATO in Mittel- und Nordeuropa, 1979 aber über 293 Prozent.

Einzig der Vorsprung des Warschauer Pakts bezüglich der taktischen Kampfflugzeuge ist stabil geblieben.

Diese Daten sind indessen unvollständig. Das konventionelle Ungleichgewicht wird noch verstärkt durch die in den siebziger Jahren verbesserte Logistik, die raschere Mobilisationsfähigkeit, die raschere Verschiebbarkeit der Kampftruppen, die Vergrösserung der Lufttransportkapazitäten, die Verbesserung der Nachtkampftauglichkeit, die Bereithaltung grosser Bestände an chemischen Kampfstoffen, die Verkürzung der Vorwarnzeit usw.

Fazit: Ungefähres Gleichgewicht im interkontinentalen Nuklearbereich, erhebliches Ungleichgewicht im kontinentalen Nuklearpotential, starkes und gewachsenes Ungleichgewicht im konventionellen Kräfteverhältnis in Mittel- und Nordeuropa.

Notwendigkeit der Gleichgewichtspolitik

«Wenn wir etwas aus der Geschichte lernen können», schreibt Henry Kissinger, «dann, dass es ohne Gleichgewicht keinen Frieden . . . gibt.» (Memoiren, München 1979, S. 64.) Und Kissinger fährt fort: «Im Verlauf der Geschichte hat der politische Einfluss der Nationen etwa ihrer militärischen Stärke entsprochen. Der moralische Wert und das Ansehen ihrer Institutionen mochten bei den einzelnen Staaten zwar verschieden gewesen sein, die diplomatische Geschicklichkeit konnte die militärische Stärke wohl steigern, aber nie ersetzen. Letzten Endes hat Schwäche jederzeit Aggression herausgefordert, und Machtlosigkeit hatte den Verzicht auf jede Politik zur Folge. Auch kleinere Länder haben in kurzen Perioden in der Weltpolitik eine wichtige Rolle gespielt, aber nur, wenn sie innerhalb des sicheren Rahmens eines internationalen Gleichgewichts handelten. Das Gleichgewicht der Kräfte . . . ist in Wirklichkeit die Voraussetzung für den Frieden gewesen» (S. 212).

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Gleichgewichtspolitik nach wie vor die einzige realistische Basis der Friedenssicherung. Weder die kollektive Sicherheit noch die gewaltfreie Verteidigung sind echte Alter-

nativen. Die kollektive Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen funktioniert gerade im gravierendsten Fall nicht, nämlich bei einer Konfrontation der Weltmächte. Gewaltfreie Verteidigung erhöht ebenso wie einseitige Abrüstung die Kriegs- und Erpressungsgefahr. Ein militärisches Ungleichgewicht braucht nicht zum Krieg zu führen, weil die Chance wächst, dass der militärisch Überlegene seine Ziele auch ohne Krieg zu erreichen vermag. Die neue Tatsache erfolgreicher militärischer Interventionen sowjetischer Stellvertreter in Asien und Afrika in den siebziger Jahren und die allerneueste Tatsache der Intervention massiver sowjetischer Streitkräfte im Mittleren Osten zu Beginn der achtziger Jahre findet ihre Erklärung weniger in der erhöhten Risikobereitschaft der gegenwärtigen sowjetischen Führung als in der Verminderung des Risikos solcher Operationen infolge der Verschiebung der Machtverhältnisse.

Militärische faits accomplis à la Afghanistan sind nachträglich kaum rückgängig zu machen, schon gar nicht durch halbbatzige wirtschaftliche Sanktionen, sportliche Boykottmassnahmen, starke Worte, Gesprächsverweigerung oder Gesprächsabbau. Militärische faits accomplis müssen vorgängig verhindert werden. Jetzt geht es vor allem darum zu verhindern, dass im Vorderen Orient und an den Rändern der NATO in den achtziger Jahren neue Afghanistans entstehen. Voraussetzung dafür ist eine wirksame Eindämmungspolitik auf der Basis einer genügenden Gegenmacht insbesondere in Europa und im Vorderen Orient.

Das ist ohne Bündnis zwischen Westeuropa und den USA nicht möglich. Westeuropa ist nicht imstande, sich ohne die USA zu verteidigen, weder militärisch, noch wirtschaftlich (Öl). Und wer nicht imstande ist, sich zu verteidigen, kann nicht abschrecken. Bündnistreue heisst jedoch nicht Hörigkeit, einseitige Abhängigkeit, blinder Gehorsam. Die konstruktive Kritik Westeuropas ist nötig, wenn die USA dazu neigen, weitsichtige, rationale Sicherheitspolitik hinter eine kurzsichtige, irrationale Wahlkampfpolitik zurückzustellen. Aber umgekehrt ist die Warnung Kissingers vom September 1979 an die Adresse Westeuropas gerade heute besonders gerechtfertigt, zumal die Sowjetunion zur Zeit mehr Hoffnungen in die Spaltungs- als in die Entspannungsstrategie zu setzen scheint: «Diese Tendenz, die Entspannung als Übung in Psychotherapie zu betreiben oder als Bemühen um gute persönliche Beziehungen oder als ein Bestreben, mit dem einzelne Politiker innenpolitische Unterstützung zu erlangen suchen, indem sie unter Beweis stellen, dass sie einen besonderen Draht nach Moskau haben – all das ist verhängnisvoll für den Westen ... Die Illusion, einige Länder könnten sich eine bevorzugte Position bei der Sowjetunion verschaffen ... ist das beste Mittel, das Bündnis zu spalten.» (Europa-Archiv 22/1979, S. D 595 f.)

Der neutrale europäische Kleinstaat ist, ob er will oder nicht, ob er es erkennt oder nicht, stärker vom Funktionieren des westlichen Bündnisses abhängig als von seinen eigenen sicherheitspolitischen Vorkehren. Kleinstaaten haben kaum eine Chance ohne, um nochmals Kissinger zu zitieren, «den sicheren Rahmen eines internationalen Gleichgewichts» (Memoiren, S. 212).

Ungenügen der Gleichgewichtspolitik

Kissingers Behauptung, wonach das Machtgleichgewicht eine notwendige Voraussetzung der Friedenssicherung sei, lässt sich weder beweisen noch widerlegen. Niemand kann wissen, wieviele Kriege es ohne das Gleichgewicht der Mächte gegeben hätte. Aber aufgrund der historischen Erfahrung kann die Behauptung eine hohe Plausibilität für sich beanspruchen. Denn wir beobachten in der Geschichte, dass Kriege mangels Gleichgewichts begünstigt worden sind oder dass sich die imperiale Pax mangels Gleichgewichts auch ohne Krieg verwirklichen liess. Wenn also die Gleichgewichtspolitik eine Voraussetzung zur Verhinderung des Krieges und der imperialen Pax ist, so ist es anderseits doch auch zutreffend, dass seit dem Beginn des modernen Staatensystems Kriege – Morgenthau schreibt sogar die meisten Kriege – vom Gleichgewicht der Mächte verursacht oder doch unter dem Vorwand der Gleichgewichtspolitik ausgelöst worden sind (Hans Morgenthau: Macht und Frieden, Gütersloh 1963, S. 186). Gleichgewichtspolitik ist eine notwendige, aber keine hinreichende Friedensstrategie.

Die Erklärung dafür ist einfach. Macht – verstanden als die Fähigkeit, anderen den eigenen Willen gegen Widerstreben aufzuzwingen (offensive Macht) oder sich dem Willen anderer zu entziehen (defensive Macht) – ist nicht berechenbar. Es ist nicht möglich, die verschiedenartigen Kräfte, welche das Phänomen Macht bestimmen, aufzuaddieren. Und erst recht ist es nicht möglich, sichere Massstäbe zum Vergleich der verschiedenartig zusammengesetzten Kräfte verschiedener Mächte zu finden. Zudem besteht kein proportionales Verhältnis zwischen der Anhäufung von Kräften und der Vergrösserung der Macht. Schliesslich sind nicht alle Kräfte quantitativer Art; auch qualitative Kräfte wie die Tüchtigkeit der politischen und militärischen Führung, die Loyalität, der Kampfwille, der Widerstandswille, das Können von Bevölkerung und Streitkräften sind für das Machtphänomen konstitutiv.

Weil aber Macht nicht berechenbar ist, streben die am Machtkampf Beteiligten in der Regel danach, einen genügenden Machtvorsprung zu erzielen, um ganz sicher zu sein. Und weil beide Seiten dies tun, resultiert daraus der Rüstungswettlauf. «So jagen beide einem vor ihre Nase gebundenen

Köder nach, den sie nie erreichen; das nennt man Wettrüsten» (Carl Friedrich von Weizsäcker).

Gibt es Auswege aus diesem Teufelskreis der Gleichgewichtspolitik? Sichere, definitive Auswege gibt es nicht, wenn Macht, Interessengegensätze und Konflikte unvermeidlich sind. Es wird immer nur darum gehen können, die unvermeidliche Unsicherheit zu vermindern, unvermeidliche Spannungen zu mildern, unvermeidliche Konflikte zu dämpfen, unvermeidliche Interessengegensätze durch Kompromisse zu beschränken, unvermeidliche Machtpolitik gegenseitig zu mässigen.

Ein Weg in dieser Richtung ist der Versuch, von der unbegrenzten zur begrenzten Gleichgewichtspolitik überzugehen. Es wäre verhängnisvoll, wenn dieser Versuch, der vor allem nach der Kubakrise einsetzte, nunmehr unterbrochen oder gar abgebrochen würde. Es trifft zu, dass der entscheidende Durchbruch zur begrenzten Gleichgewichtspolitik trotz jahrelanger, intensiver Verhandlungen noch nicht gelungen ist, dass die Diplomatie der Rüstungstechnologie hintennachhinkt, die bisherigen Vereinbarungen den Rüstungswettlauf kanalisieren, aber nicht verhindern. Aber immerhin sind wichtige Teilerfolge zu verzeichnen sowohl im multilateralen als auch im bilateralen Rahmen zwischen den USA und der UdSSR. Zur Zeit ist die Fortsetzung dieser Politik gefährdet. Die Ratifizierung von vier Abkommen (Atomteststoppverträge von 1974 und 1976 sowie SALT II) ist in der Schwebe. Das Abkommen über das Verbot von Strahlenwaffen und der Vertrag über die friedliche Nutzung des Mondes sind unterschriftsreif, aber schubladisiert. Es ist von grösster Wichtigkeit, die Politik der Rüstungsbegrenzung und der Rüstungskontrolle wieder in Gang zu bringen. Nur Politik der Stärke ist ausweglos. Politik der Stärke muss verbunden werden mit der glaubwürdigen Bereitschaft für und dem intensiven Bemühen um eine begrenzte Gleichgewichtspolitik.

Ein zweiter Weg in dieser Richtung ist die bewusste Förderung der Defensivwaffen. Kenner bestätigen, dass die Verteidigungstechnologie (Aufklärung, Panzerabwehr, Fliegerabwehr usw.) raschere Fortschritte macht als die Offensivtechnologie. Zum ersten Mal seit Guderian bietet sich die Chance, schreibt C. F. von Weizsäcker, eine Panzerüberlegenheit durch Panzerabwehrwaffen zu kompensieren (Gefahren der Rüstung in den achtziger Jahren, in: Die Zeit 47/1979). Diese Chance bedrohungsfreier Verteidigung muss genutzt werden.

Ein dritter Weg in dieser Richtung ist die Ergänzung des Bedrohungsdenkens der traditionellen Sicherheitspolitik durch das Chancendenken. Wer immer nur an die schlimmsten Fälle denkt, vergisst die günstigen und vernachlässigt die Politik zur Förderung des Erwünschten. So wie die traditionellen Sicherheitspolitiker über die Illusionäre unter den Friedens-

forschern spotten, so ärgern sich die Friedensforscher über die professionellen militärischen Schwarzseher. Eine umfassend verstandene Sicherheitspolitik muss sich beides zum Ziel setzen, Bedrohungen abzuwenden und Chancen wahrzunehmen. Das «si vis pacem, para bellum» bedarf der Ergänzung durch das «si vis pacem, para pacem».

Bundeskanzler Schmidt hat unlängst geschrieben: «Die Verengung des Blickfeldes auf das Militärische beeinträchtigt die Urteilskraft.» Es liegt nahe, diese Provokation zu verstärken:

Die Verengung des Blickfeldes auf die einseitige Sicht der eigenen Interessen unter Vernachlässigung der Gegenprobe, nämlich der Berücksichtigung der fremden Interessen, beeinträchtigt die Urteilskraft. Die Verengung des Blickfeldes auf die Politik der Stärke, unter Vernachlässigung des Postulats der begrenzten Gleichgewichtspolitik, beeinträchtigt die Urteilskraft. Und die Verengung des Blickfeldes auf die Bedrohung, unter Vernachlässigung des Chancendenkens, beeinträchtigt die Urteilskraft.

Nach einem Vortrag anlässlich der Frühjahrstagung des Schweizerischen Aufklärungs-Dienstes (SAD) im Ausbildungszentrum Wolfsberg bei Ermatingen. Der vollständige Text samt allen Tabellen und Abbildungen kann beim SAD (8034 Zürich, Postfach 387) bezogen werden.

Aus Zug kommen hauswirtschaftliche Geräte und Einrichtungen in allen Preislagen und für alle Ansprüche.

Für Küche und Waschraum.

V ZUG

Verzinkerei Zug AG, Postfach, 6301 Zug, Telefon 042/33 13 31